

Nach harten Verhandlungen:

Gehaltsabschluss 2009

+ 3,55 %

für Gehälter, Nebengebühren und Zulagen

- keine Einmalzahlung
- nachhaltig
- staffelwirksam

Ein Erfolg der GÖD!

**Auch in schwierigen Zeiten
das Beste erwarten.**

Ihre Interessensvertretung.



INHALT

2
26 Anträge
in der erweiterten
Bundesleitung

4
Befragung zeigt:
Leistungsdruck
nimmt zu

26 ANTRÄGE

in der erweiterten Bundesleitung

aktuell



Monika Gabriel
Vorsitzende der BV 3

Die jährliche Sitzung der erweiterten Bundesleitung fand heuer am 1. und 2. Oktober 2008 in Wien statt. Die Vorsitzenden und Stellvertreter aller acht Landesleitungen und die Mitglieder der Bundesleitung diskutierten unter anderem über Verwendungszulagen und Lohnverhandlungen.

Die Landesleitungsvorsitzenden berichteten über Aktivitäten bzw. Anregungen der Kollegenschaft in ihrem Bundesland. Die Vorsitzende der BV 3 informierte über die Vielzahl der stattgefundenen Sitzungen, Termine, Verhandlungen etc. sowie über die derzeit zu behandelnden Themen und über jene Angelegenheiten, die sich bereits in der Verhandlungsphase befinden.

Von den Mitgliedern der erweiterten Bundesleitung (EBL) wurden insgesamt 26 Anträge eingebracht, über die nach ausführlichen Beratungen abgestimmt wurde. Die Anträge behandelten zum Beispiel folgende Themenbereiche:

UNGLEICHBEHANDLUNG VON BEAMTEN UND VERTRAGSBEDIENSTETEN

- Die erweiterte Bundesleitung möge beschließen, dass die GÖD Verhandlungen aufnimmt, um die Bestimmung des § 34 GG abzuändern.

Begründung: Dieser Paragraph legt die Ungleichbehandlung von Beamten und VB fest.

Auszugsweises Zitat und Abänderungsvorschlag: „§ 34 (1) Dem Beamten des Allgemeinen Verwaltungsdienstes gebührt eine ruhegenussfähige Verwendungszulage, wenn er dauernd auf einem einer höherwertigen Verwendungszulage zugeordneten Arbeitsplatz verwendet wird, ohne in diese ernannt zu sein. Diese Verwendungszulage beträgt 50 % des Betrages, um den das Gehalt derselben Gehaltsstufe der höherwertigen Verwendungszulage überschritten wird.“

Verbesserungsvorschlag: „... Diese Verwendungszulage beträgt in den ersten 6 Monaten 50 % und ab dem 7. Monat 100 % des Betrages, um den das ...“

Durch die sechs Monate ist einerseits die Ausbildung auf dem höherwertigen Arbeitsplatz gewährleistet, andererseits könnte er bei Nichtbewährung ohnehin wieder abberufen werden. Wenn aber die Bewährung im Dienst gegeben ist, müsste der Beamte gleich wie der Vertragsbedienstete die Entlohnung erhalten, die der Tätigkeit angemessen ist.

Dieser Antrag wurde nach Beschlussfassung mit dem Kalkül 1 versehen (= ergeht an das Präsidium der GÖD).



REALLOHNZUWACHS AUSVERHANDELN

- Die erweiterte Bundesleitung möge beschließen, dass die GÖD hinsichtlich der kommenden Lohnverhandlungen darauf drängt, dass es zu einem eindeutigen Reallohnzuwachs kommt.

Begründung: Die Abschlüsse der letzten Jahre und besonders die Einmalzahlungen haben nach Ansicht der Verwaltung (Anteil der Einkommensbezieher mit sehr geringem Gehalt sehr hoch) nicht dazu geführt, dass die Kaufkraft erhalten geblieben ist.

Auch dieser Antrag wurde nach Beschlussfassung mit dem Kalkül 1 versehen.

SICHERHEITS- UND BRANDSCHUTZBEAUFTRAGTE

- Die erweiterte Bundesleitung möge beschließen, dass die GÖD-BV 3 Verhandlungen aufnimmt, damit die Tätigkeit der Sicherheits- und Brandschutzbeauftragten finanziell abgegolten wird.

Begründung: An vielen Schulen übernimmt diese Funktion die Schulwartin bzw. der Schulwart.

Dieser Antrag wurde nach Beschlussfassung mit dem Kalkül 2 versehen (= ergeht zur Erledigung an die Bundesleitung). Demnach hat sich die Vorsitzende um einen Verhandlungstermin zu kümmern.

Aus Platzgründen können leider nicht alle Anträge angeführt werden. Die Anträge werden jedoch in Kürze auf unserer Homepage – www.goed-bv3.at – (in geraffter Form) nachlesbar sein. Die hoffentlich eintretenden Verhandlungserfolge werden wir sodann unseren Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis bringen.

Wie bin ich – *wie wirke ich?*

24 Kolleginnen und Kollegen setzten sich im Rahmen eines Seminars für Wiener Personalvertreterinnen und -vertreter in Reichenau an der Rax mit dem Spannungsverhältnis zwischen Selbst- und Fremdbild auseinander. Außerdem stand die Personalvertretungswahl 2009 auf der Tagesordnung.

seminar



Von Alexandra Buechler, Organisations- und Schulungsreferentin der BV 3

Nach einer kurzen Kennenlernrunde unter der Anleitung der Vorsitzenden wurde das Seminar mit der Trainerin Sandra Walbaum fortgesetzt. Das Thema dieses ersten Tages war „Wahrnehmung – Wie stärken wir unsere Sinne“ mit einem theoretischen und einem praxisbezogenen Teil. Als sportlichen Ausgleich des ersten Tages gab es eine Fitnessseinheit mit Rudolf Kastner von der ÖBV.

WIE WIR AUF UNS UND ANDERE WIRKEN

Am Vormittag des zweiten Tages stand mit Sandra Walbaum das Thema „Wie bin ich – wie wirke ich? Selbstbild – Fremdbild“ auf dem Programm. Wir erfuhren interessante Ansichten über uns selbst, wie wir uns selbst sehen bzw. wie wir in einem Gespräch auf andere wirken. Sandra Walbaum erläuterte auch das so genannte „Johari-Fenster“. Dieses ist ein Werkzeug für die Ermittlung des Unterschiedes zwischen Selbstbild und Fremdbild. Am Nachmittag brachte sie uns die vier Lebensanschauungen und

die Gesprächsform des „Feedbacks“ näher. Im Anschluss daran war der stellvertretende Landesdirektor der ÖBV, Georg Rausch, zu Besuch und stellte einige interessante Produkte der ÖBV vor.

VORBEREITUNG AUF DIE WAHL 2009

Am dritten Seminartag referierten die Vorsitzende der BV 3, Monika Gabriel, und der Dienstrechtsreferent der BV 3 sowie ZA-Vorsitzende, Johann Pauxberger, über die kommende Personalvertretungswahl 2009, zu der von der Vorsitzenden ein Skriptum erstellt und verteilt wurde. Unter anderem wurden die Wahlvorbereitungen und der Wahlablauf besprochen.

AUSFÜHRLICHE GESPRÄCHE

Das dichte Programm ließ allen Kolleginnen und Kollegen aber noch genügend Zeit für einen Gedankenaustausch und ausführliche Diskussionen über aktuelle Themen.



Der Leistungsdruck *nimmt zu*

thema

In dieser Ausgabe berichten wir über die Ergebnisse der Befragung des Verwaltungspersonals in den Landesschulräten bzw. des Stadtschulrates für Wien sowie der Schülärtinnen und Schülärzte 2007/08.



Von Johann Pauxberger, Dienst- und Besoldungsreferent der BV 3 und ZA-Vorsitzender

Wie andere Berufsgruppen stöhnen auch die Bediensteten der Landesschulräte bzw. des Stadtschulrates für Wien unter der Last der ihnen auferlegten Aufgaben.

LEISTUNGSDRUCK UND ARBEITSAUFWAND GESTIEGEN

Besonders die Bereiche Leistungsdruck und Arbeitsaufwand zeigen, wie sehr der Umfang der Aufgaben einerseits und die qualitative sowie zeitliche Belastung andererseits zugenommen haben (siehe Grafik 1).

Vor allem A1/v1-Bedienstete leiden unter gestiegenem Arbeitsaufwand und Leistungsdruck. Hier geben 48,3 Prozent an, dass sich der Arbeitsaufwand vermehrt hat (A2/v2 = 31,9 Prozent, A3/v3 = 28,9 Prozent).

A4/v4-Bedienstete profitieren offensichtlich von der Einführung neuer Technologien, 16,8 Prozent stellen einen Anstieg, 34,5 Prozent sogar eine Verringerung des Leistungsdrucks fest

(siehe Tabelle 1).

TROTZDEM MIT DEM ARBEITSPLATZ ZUFRIEDEN

Politisch Verantwortliche und Medien vermitteln laufend den Eindruck, die Bediensteten der Landesschulräte und des Stadtschulrates für Wien lägen dem Steuerzahler nur auf der Tasche (Bei einem Gesamtaufwand aller LSR/SSR für Wien von 75 Millionen Euro wird behauptet, man könne eine Milliarde Euro einsparen!). Die Abschaffung der Landes- und Bezirksschulräte wird gefordert (auf Nachfrage wird erklärt, dass es sich hierbei nur um die Kolleginnen und den Bezirksschulrat als Behörde handelt). Personal wird laufend eingespart, Überstunden werden gekürzt.

Nur noch ein Drittel der Bediensteten glaubt an einen sicheren Arbeitsplatz beim Bund. Trotzdem zeigen sich die Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeitssituation zufrieden (siehe Grafik 2).

MITARBEITERGESPRÄCH

In den LSR/SSR für Wien wird mit immerhin 39,2 Prozent der Bediensteten jährlich ein Mitarbeiter-

Grafik 1

WIE HABEN SICH IHRER MEINUNG NACH LEISTUNGSDRUCK UND ARBEITSAUFWAND VERÄNDERT? (in Prozent; von 1 stark verringert bis 6 stark vermehrt)

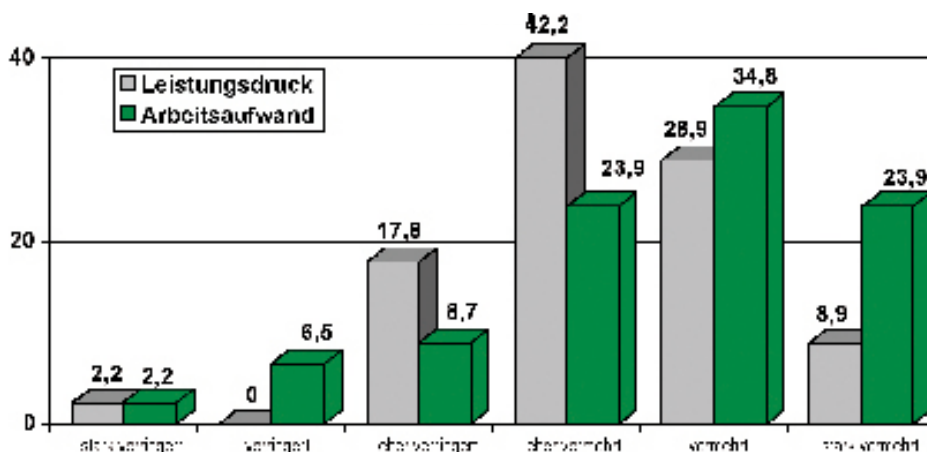


Tabelle 1

LSR/SSR	Leistungsdruck, Leistungsanforderungen sowie Arbeitsaufwand und Arbeitsumfang haben sich ...	
(in Prozent)	... verringert	... vermehrt
A1/v1	5,4	48,3
A2/v2	8,9	31,9
A3/v3	15,5	28,9
A4/v4	34,5	16,8
A5/v5	6,3	35,7

gespräch geführt. Aber es sind immerhin noch 30,9 Prozent, mit denen noch nie ein Mitarbeitergespräch geführt wurde (siehe Tabelle 2, S. 6).

SCHULÄRZTINNEN UND SCHULÄRZTE

Im Wesentlichen zeigen sich Schulärztinnen und Schulärzte mit ihrer Situation sehr zufrieden. Auch bei den Schulärztinnen und Schulärzten wird festgestellt, dass die Aufgaben zunehmen und die Aufgabenstellungen selbst immer schwieriger und komplexer werden.

Kritisiert wird vor allem, dass die Räumlichkeiten für Schulärztinnen und Schulärzte mehr einem „Schularztkammerl“ als einer Ordination entsprechen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der Integration in der Schule. Nur etwa ein Drittel wünscht sich mehr Einbindung in den Schulbetrieb (siehe Grafik 3, S. 6).

Etwa ein Viertel der Schulärztinnen und Schulärzte machte von der Möglichkeit Gebrauch, persönliche Anmerkungen im Fragebogen anzubringen. Die zentralen Themen im Einzelnen:

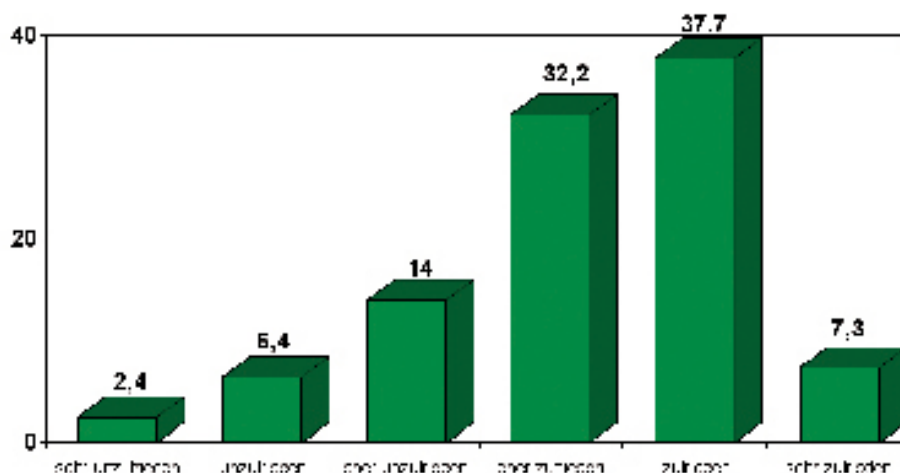
- **Problemstellung schwieriger:** Der größte Teil ist davon überzeugt, dass durch Veränderungen in der Jugendkultur die Aufgaben für die Schulärztin bzw. den Schularzt wesentlich vielfältiger und für den Einzelfall zeitlich deutlich aufwändiger sind als früher.
- **Schlüssel:** Der bisherige Schlüssel für die Betreuungsstunden der Schulärztinnen und Schulärzte von einer Stunde pro 60 Schülerinnen bzw. Schülern erscheint allen als nicht mehr ausreichend. Die Forderungen gehen hin zu maximal 50 Schülerinnen und Schülern pro Betreuungsstunde.
- **Aufgabenvielfalt:** Die Aufgaben sind vielfältiger geworden und vor allem durch die computermäßig zu erfassende Dokumentation ist ein weiterer zeitaufwändiger Punkt dazu gekommen.
- **Keine kurative Tätigkeit:** Völlig an der Realität vorbei geht nach Meinung der Schulärztinnen und Schulärzte die Tatsache, dass sie nicht kurativ, sondern nur beratend tätig sein dürfen. Das geht so weit, dass nicht einmal Impfungen erlaubt sind. Nach Auffassung einiger Schulärztinnen und Schulärzte ist dies ein Schaden im Ansehen der Ärzte,



Grafik 2

WIE ZUFRIEDEN SIND SIE INSGESAM MIT IHRER ARBEITSSITUATION?

(in Prozent; von 1 sehr unzufrieden bis 6 sehr zufrieden)



WURDE INNERHALB DER LETZTEN DREI JAHRE EIN MITARBEITERGESPRÄCH DURCHGEFÜHRT?
(in Prozent)

	jährlich	1x in 3 Jahren	gar nicht
alle	39,2	29,9	30,9
A1/v1	41,3	39,1	19,6
A2/v2	43,0	32,0	25,0
A3/v3	42,9	24,3	32,9
A4/v4	26,7	33,3	40,0
A5/v5	36,5	23,8	39,7

Tabella 2

da ihnen in Bezug auf kurative Tätigkeiten jegliche Kompetenz abgesprochen wird.

- **Einbindung in den Schulalltag:** Es besteht ein deutlicher Wunsch nach stärkerer Einbindung in den Schulalltag. Durch ständig steigende Probleme, die speziell den Bereich Ernährung, Vorsorge, sexuelle Probleme und in immer stärkerem Ausmaß persönliche Krisen betreffen, werden die Schulärztinnen und Schulärzte immer mehr gefordert.
- **Mitsprache:** Es gibt eine Vielzahl an Forderungen. So sollen spezielle Gesundheitsfragen nicht nur in den SGA eingebunden werden, sondern der SGA sollte zu medizinischen und ernährungsbezogenen Fragestellungen Stimmrecht haben. Gleichmaßen gelten als Forderung zu mehr Einbindung in den Schulalltag routinemäßige Einladungen zu Konferenzen, Elternabenden und Projekten mit einem Gesundheitsaspekt. Einzelne Schulärztinnen und Schulärzte hätten auch gerne ein Mitspracherecht beim Nahrungsmittelangebot in Schulbuffets.
- **Räumliche Situation:** Die medizinische Infrastruktur lässt an vielen Schulen sehr zu wünschen übrig. Seitens der Schule wird zu wenig Support angeboten. Die Erfahrung und das Wissen der Schulärztinnen und Schulärzte wird zu wenig genutzt.

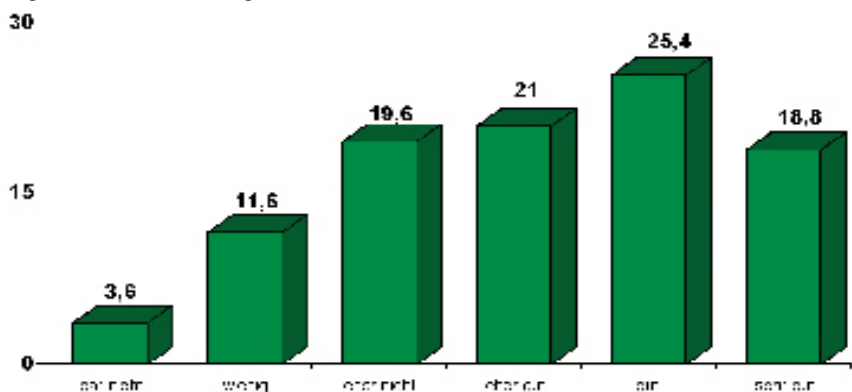
- **Öffentlichkeit:** Sehr wichtig erschien den Schulärztinnen und Schulärzten auch, mehr Präsenz in der Öffentlichkeit zu haben. Ein Sprecher der Schulärztinnen und Schulärzte sowie eine Vernetzung untereinander werden verlangt. Vorstellbar sei dabei eine Art von Forum zu bestimmten Themen. Hauptsächlich angesprochen wurden dabei Themen wie Vorsorgemedizin, Ernährung, Krisen und Suchtmittelmissbrauch.
- **Kooperation mit psychosozialen Einrichtungen:** Bei psychischen Krisen wird eine Kooperation zwischen Schulärztin und Schularzt und Schulpsychologie verlangt. Der Vorteil in einem solchen Kooperationsmodell würde darin liegen, dass die Schulärztin bzw. der Schularzt vor Ort ist.
- **Mitarbeitergespräche:** Es wird gefordert, dass mehr Mitarbeitergespräche durchgeführt werden. 45,5 Prozent gaben an, dass es bisher nie ein Mitarbeitergespräch zwischen Schulärztin bzw. Schularzt und Schulleiterin bzw. Schulleiter gegeben hat.
- **Mehrarbeit:** Die Mehrarbeit wird auch dadurch dokumentiert, dass vielmehr medizinisch-psychologische Betreuung stattfindet als so genannte Routineuntersuchungen. Bei diesen medizinisch-psychologischen Betreuungsfällen muss im Einzelfall sehr viel Zeit für Anamnese und Beratungsgespräche, die nicht selten zu einer Art therapeutischer Dauerbetreuung führen, aufgewendet werden.

**REDAKTIONSSCHLUSS
FÜR DIE NÄCHSTE
AUSGABE: 6. FEB. 2009**

Übermittlung von Beiträgen bitte an die E-Mail-Adresse office.bs3@goed.at mit dem Betreff „BV 3 Info samt Artikelbezeichnung“ senden. Es wird ersucht, die Beiträge mit Überschrift abzufassen und nach dem Beitrag den vollständigen Namen der Autorin bzw. des Autors sowie – so weit vorhanden – ein Digitalfoto anzufügen. Für den Fall der Beifügung von Fotos wäre auch der Name des Fotografen anzugeben und dessen Zustimmung zur Veröffentlichung einzuholen.

WIE GUT FÜHLEN SIE SICH IN DEN SCHULBETRIEB INTEGRIERT?
in Prozent (von 1 gar nicht bis 6 sehr gut)

Grafik 3



Ein *eigener* Betriebsrat für das BIFIE

thema

Das am 1. Jänner errichtete Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Bildungswesens hat einen eigenen Betriebsrat gewählt. Unter den Mitarbeitern herrscht große Einmütigkeit.

Von Dr. Gerda Benesch-Tschanett, stv. Vorsitzende des BR/bifie

Am 1. Jänner 2008 wurde das BIFIE per Gesetz gegründet. Kernaufgaben des BIFIE, das an drei Standorten (Graz, Salzburg, Wien) situiert ist, sind angewandte Bildungsforschung, Bildungsmonitoring, die Erstellung des nationalen Bildungsberichts, Qualitätsentwicklung, Information und Beratung. So begleitet das BIFIE bildungspolitische Reformen wie zum Beispiel die Implementation der Bildungsstandards, die neue Reifeprüfung oder die Neue Mittelschule. So werden durchgeführte Maßnahmen evaluiert und unterstützende Maßnahmen daraus abgeleitet. Nutznießer dieser Tätigkeiten sind auf der Mikroebene die einzelnen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Auszubildende und politische Entscheidungsträger (Beratung). Auf der Mesoebene sind es Schulen, Ausbildungsinstitutionen (Unis, PHs), Schulbehörden (auf Schul-, Landes- und Bundesebene); auf der Makroebene soll das ganze System davon profitieren.

WAHL EINES EIGENEN BETRIEBSRATES

Wurde zunächst die Belegschaft des BIFIE (derzeit über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) durch ein Mitglied des DA des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur vertreten, gab es am 2. Juli 2008 am BIFIE Salzburg eine Dienststellenversammlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei wurde die Wahl eines eigenen BIFIE-Betriebsrates beschlossen. Daher kam es – mit Unterstützung der GÖD – am 29. August 2008 zu einer weiteren Betriebsversammlung, wo der Wahlausschuss gewählt wurde, der die erste BIFIE-Betriebsratswahl für den 22. September 2008 festsetzte. Bei der Konstituierung der Liste war allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wichtig, dass es nur eine gemeinsame BIFIE-Liste geben sollte und von jedem Zentrum mindestens zwei Personen kandidieren sollten (eine bzw. einer an wählbarer Stelle und eine bzw. einer als Ersatz).

Am 22. September 2008 kandidierte die Liste „bifie“ und wurde mit 95 Prozent der Stimmen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewählt. Dem Betriebsrat gehören Dipl.-Päd. Gudrun Laimer, Bakk. (Vorsitzende), Mag. Dr. Gerda Benesch-Tschanett (stv. Vorsitzende), Mag. Erich Svecnik und MMag. Dr. Andrea Grafendorfer an.

Allerdings kam es mit 6. November 2008 zu einer Veränderung: Erich Svecnik stellte sein BR-Mandat ruhend, da er vorübergehend die Leitung des BIFIE Graz übernahm. Ihm folgte Mag. Andreas Kamenik nach.

REIMI

DER ADVENT UND DAS GELD

*Advent, Advent,
so mancher brennt
viel vor der Weihnachtszeit,
denn neben Fried- und Fröhlichkeit
muss man ja auch Geschenke kaufen
und hat kaum Zeit, kurz zu verschnaufen.*

*Im Jänner fass' ich wieder Mut:
Gut dreieinhalb Prozent tun gut.
Gehalt erhöht, Steuer gesenkt:
Da macht's nichts, wenn man reichlich schenkt.*

BERUFSGRUPPE – UNTER SICH

In Wien gibt es seit vielen Jahren eine Arbeitsgemeinschaft der Wiener AHS-Sekretärinnen. Diese wird zurzeit von den Kolleginnen Ursula Adam, Irene Niederlechner-Ehl, Sonja Weiss und mir geführt.

Das diesjährige Herbsttreffen fand in der GÖD-Zentrale am 14. November 2008 in den neu renovierten Räumen der GÖD in der Teinfaltstraße statt. Als Referenten hatten wir Herrn ADiR. Robert Schneider (BMUKK) und die Vorsitzende der BV 3, Frau Monika Gabriel, eingeladen. ADiR. Schneider hielt einen Vortrag über das Inventarisierungsprogramm INVWIN und gab uns neueste Informationen bezüglich der Umstellung KBF auf HV-SAP. Die Vorsitzende der BV 3 sprach unter anderem über die mögliche neue Arbeitsplatzbeschreibung und Bewertung der Verwaltungs- und Rechnungsführerinnen und -führer in den AHS, HAK, HASCH und BAKIP und erklärte, dass diese derzeit im BKA zur Verhandlung liegen und die ersten Gespräche bereits stattgefunden haben.

Die ARGE der Wiener AHS-Sekretärinnen ist bestrebt, sachbezogene Informationen zu transportieren, sodass ein Arbeitsaustausch untereinander stattfinden kann und der persönliche Kontakt zwischen den Kollegen und Kolleginnen vertieft werden kann.



Herausgeber und Medieninhaber: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Alexandra Büchler, Mag. Simone Gartner-Springer, A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7, E-Mail: office.bs3@goed.at. Sekretariat: Kerstin Wieder, Montag bis Donnerstag 9 – 15 Uhr, Freitag 8 – 12 Uhr, Tel.: 01/534 54-115. Produktion und Konzeption: Modern Times Media VerlagsgesmbH., 4020 Linz, Büro Wien: Tel.: 01/513 15 50. Druck: Niederösterreichisches Pressehaus, Druck- und Verlagsges.m.b.H., 3100 St. Pölten. DVR-Nr.: 0046655. Die in der Zeitschrift „BV 3-Info“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Änderungen auch namentlich gezeichneter Artikel sind vorbehalten. Wir bitten um Verständnis, dass manche Autoren die leichte Lesbarkeit einer geschlechtsneutralen Formulierung vorziehen. Unverlangt eingereichte Manuskripte werden nicht retourniert.

Verleihung des
Amtstitels Kanzleirätin an
Fr. Charlotte Varga durch
LH Dr. Erwin Pröll (von links
nach rechts: Vorsitzender
LV 3/NÖ, Herbert Leitner,
Charlotte Varga, Dir. Prof.
Mag. Günther Hofmann).



VOR DEN VORHANG

Von Herbert Leitner, Vorsitzender der LV 3/NÖ

Am 18. November wurde Frau Charlotte Varga im Landhaus durch Herrn LH Dr. Erwin Pröll der Amtstitel „Kanzleirätin“ verliehen. Frau Varga arbeitet seit drei Jahrzehnten als Sekretärin am BRG Gröhrmühlgasse in Wr. Neustadt und führt die ihr übertragenen Agenden kompetent sowie gewissenhaft zur vollsten Zufriedenheit der Vorgesetzten aus. Sie gilt als gute Seele der Schule und bringt sich auch außerhalb ihrer dienstlichen Tätigkeit sehr stark in die Gemeinschaft ein. Ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit begann am 1. Februar 1979. Im Dienste der Kollegenschaft leistete und erbringt sie noch immer mit Witz, Charme und profundem Wissen ein enormes Arbeitspensum in verschiedensten Funktionen: Fachausschuss, Landesleitung und Frauenreferat. Ein besonderes Highlight ist ihr erfolgreiches Engagement für die Aus- und Weiterbildung der Verwaltungsbediensteten im Schulbereich.

WESENTLICHE INHALTE DER DIENSTRECHTS-NOVELLE 2008:

- Verbesserung der Fahrtkostenzuschussregelung: Automatische Überführung erstmals ab 1. Jänner 2009 für jene, deren Fahrtkostenzuschuss „alt“ niedriger ist als der Fahrtkostenzuschuss „neu“ (Forderung der BV 3 erfüllt!);
- Unterbrechung des Erholungsurlaubes, wenn eine über 3-tätige Pflegefreistellung in Anspruch genommen werden muss;
- Verlängerung des Sabbaticals bis Ende 2018.

Impressum:

Lieber Briefträger, falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

Name

Straße

Nr.

PLZ

Ort